



## „Zugangsregelungen haben derzeit keine Priorität“

**Heinrich Schmidinger,**

Vorsitzender der **Universitätenkonferenz,** über eine Milliarde, die keine ist, ungerechte Ineffizienzvorwürfe und den Preis unipolitischer Liberalität. Mit ihm sprach **Lisa Nimmervoll.**

**STANDARD:** „Ich hatte bis jetzt keinen Kontakt mit ihm“, sagten Sie im März über Ihre Erfahrungen mit Finanzminister Michael Spindlberger (ÖVP), der den Unis bis Jahresende das Budget für 2016 bis 2018 nennen muss. Wie schaut's jetzt Anfang August aus – gab es in der Zwischenzeit ein Gespräch?

**Schmidinger:** Nein, aber wir haben um einen Gesprächstermin im September angesucht. Wir warten auf eine Antwort.

**STANDARD:** Der Finanzminister spricht nicht mit Ihnen, die SPÖ ist, wie Sie kritisierten, hochschulpolitisch überhaupt komplett „abgetreten“ und nicht erreichbar für Sie – hoffnungslose Zeiten für die Unis?

**Schmidinger:** Dass der Finanzminister zurzeit nicht mit uns spricht, hängt damit zusammen, dass das Unibudget für 2014 und 2015 geklärt und gesetzlich geregelt ist. Was die SPÖ anlangt, gab es positive Reaktionen. Wissenschaftssprecherin Andrea Kuntzl hat anrufen und mir ausrichten lassen, dass mich der Eindruck völlig täusche, und sie hat mich zu einem Gespräch eingeladen.

**STANDARD:** Ihr Hoffnungsträger ist Wissenschaftsminister Reinhold Mitterlehner, den Sie bisher sehr gelobt haben. Er zeigt aber erste Absetzbewegungen vom ursprünglich gemeinsam vertretenen Finanzbedarf der Unis. Statt einer Milliarde Euro mehr – ohne verschobene Studienplatzfinanzierung – kündigte er zuletzt „plus/minus“ 615 Millionen an, wenn überhaupt.

**Schmidinger:** Er hat sich von der Milliarde nicht verabschiedet. Er hat nur gesagt, dass darin alles Platz haben muss, nicht nur die Universitäten, sondern auch die anderen Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen. Das ist bis jetzt der Unterschied. Er glaubt, etwas anderes sei unrealistisch, aber wir brauchen diese Milliarde.

**STANDARD:** Dieser Betrag würde nur reichen, um die Inflation abzugelten. Das Ziel, zwei Prozent vom Bruttoinlandsprodukt für den



Warten: nicht auf Godot, hoffentlich, sondern auf Geld und ein Gespräch. Rektor Heinrich Schmidinger kämpft um die Besserstellung der Universitäten.

Foto: Heribert Corn

Hochschulsektor, scheint nur noch rhetorischer Bestandteil der politischen Sonntagsliturgie zu sein...

**Schmidinger:** Wir können mit den 615 Millionen Euro mehr den derzeitigen Betrieb und das Erreichte fortsetzen. Im internationalen Vergleich sieht es ganz anders aus. Es gibt Länder, vor allem jene, mit denen wir uns vergleichen wollen, Deutschland, die Schweiz, die angelsächsischen Länder, die unvergleichlich viel mehr investieren. Da fallen wir natürlich zurück. Der andere Punkt ist der Umgang mit dem Zwei-Prozent-Ziel, das alle Parteien im Nationalrat gemeinsam beschlossen haben, und das die Regierung auch noch einmal in ihr Programm aufgenommen hat. Diesbezüglich müsste man offen sagen, wir erreichen dieses Ziel nicht, oder wir wollen es nicht erreichen. Auch darüber wird mit dem Finanzminister zu reden sein.

**STANDARD:** Wissenschaftsminister Mitterlehner appellierte in diesem Zusammenhang an die Unis, ihre Effizienz zu steigern, sodass fünf bis zehn Prozent der Mittel sinnvoller eingesetzt werden könnten. Arbeiten die Unis ineffizient?

**Schmidinger:** Nein, die Unis haben in den letzten zehn Jahren, in denen es die Autonomie gibt, sehr viel erreicht. Sie haben viel investiert und sich weiterentwickelt. Sie als ineffizient zu betrachten, wäre völlig ungerecht und falsch. Man kann allerdings Universitäten nicht mit Wirtschaftsunternehmen vergleichen, die vielleicht eher einmal fünf, zehn Prozent einsparen können. Das ist bei den gesetzlichen Verpflichtungen der Unis viel schwerer möglich.

**STANDARD:** Der Wissenschaftsminister möchte für Jus und Sprachen Zugangsverfahren. Ist das auch ein dringender Wunsch der Unis?

**Schmidinger:** Ich gestehe: Obwohl das Thema Zugangsregelungen die Universitätenkonferenz dauernd beschäftigt, hat der genannte Vorschlag im Augenblick keine Priorität. Die Frage der finanziellen Sicherstellung der nächsten Leistungsvereinbarungsperiode steht für uns jetzt im Vordergrund. Ich würde mir aber wünschen, dass das Thema Zugangsregelungen grundsätzlich und nicht bloß anlassbezogen diskutiert wird, ganz besonders im Zusammenhang mit der Anfang Juni präsentierten Studie des Instituts für höhere Studien über die sogenannten Drop-outs. Damit hat sich die Politik bis jetzt noch überhaupt nicht auseinandergesetzt.

**STANDARD:** Laut dieser IHS-Studie wird das Phänomen Drop-outs quantitativ überschätzt. Aber es kam heraus, dass 40 Prozent der Studienanfänger in den ersten beiden Semestern kaum Prüfungen machen, 24 Prozent sind komplett studieninaktiv und absolvieren keine einzige Prüfung. Ist das ein Systemfehler oder kann diese Zeit an der Uni vielleicht auch ohne Abschluss wertvoll sein, auch wenn sie die offizielle Statistik „versaut“?

**Schmidinger:** Die Regierung oder der Staatshaushalt würde sicher entlastet, wenn es etwa zu einer Verwaltungsreform in vielen Bereichen käme.

”

Der Staat kann sich aus gutem Grund zu diesem liberalen Studienrecht bekennen. Er muss dann aber die Folgen tragen.

“

**STANDARD:** Der Wissenschaftsminister möchte für Jus und Sprachen Zugangsverfahren. Ist das auch ein dringender Wunsch der Unis?

**Schmidinger:** Ich gestehe: Obwohl das Thema Zugangsregelungen die Universitätenkonferenz dauernd beschäftigt, hat der genannte Vorschlag im Augenblick keine Priorität. Die Frage der finanziellen Sicherstellung der nächsten Leistungsvereinbarungsperiode steht für uns jetzt im Vordergrund. Ich würde mir aber wünschen, dass das Thema Zugangsregelungen grundsätzlich und nicht bloß anlassbezogen diskutiert wird, ganz besonders im Zusammenhang mit der Anfang Juni präsentierten Studie des Instituts für höhere Studien über die sogenannten Drop-outs. Damit hat sich die Politik bis jetzt noch überhaupt nicht auseinandergesetzt.

**STANDARD:** Laut dieser IHS-Studie wird das Phänomen Drop-outs quantitativ überschätzt. Aber es kam heraus, dass 40 Prozent der Studienanfänger in den ersten beiden Semestern kaum Prüfungen machen, 24 Prozent sind komplett studieninaktiv und absolvieren keine einzige Prüfung. Ist das ein Systemfehler oder kann diese Zeit an der Uni vielleicht auch ohne Abschluss wertvoll sein, auch wenn sie die offizielle Statistik „versaut“?

**Schmidinger:** Momentan sind diese Effekte sicher auch durch unser System bedingt. Wir haben einen sehr liberalen Hochschulzugang, der ermöglicht, dass Studierende beliebig viele Studien inskribieren. Dadurch kommt es zu dem Problem, dass sie zu einem markanten Teil nicht das tun, was sie tun sollten, nämlich zu Prüfungen anzutreten und die Studien abzuschließen, dass sie aber trotzdem Kosten verursachen. Das verzerrt die Realität. Deshalb wäre eine Grundsatzdiskussion zu diesem Thema so wichtig.

**STANDARD:** Ist das Studienrecht in Österreich zu liberal?

**Schmidinger:** Der Staat kann sich aus gutem Grund zu diesem völlig liberalen Studienrecht bekennen. Er muss dann aber die Folgen tragen. Jedenfalls hätte er die Universitäten in die Lage zu versetzen, diesem Studienrecht auch entsprechen zu können. Diese Liberalität hat Konsequenzen – und die werden bis jetzt nicht gezogen.

**HEINRICH SCHMIDINGER** (60) studierte Philosophie und Theologie an der Päpstlichen Universität Gregoriana in Rom. Ab 1993 Ordinarius für christliche Philosophie an der Universität Salzburg, dort ab 1999 Vizerektor, seit 2001 Rektor und seit Oktober 2011 Präsident der **Universitätenkonferenz (Uniko).**

### KURZ GEMELDET

#### Neuer Geschäftsführer für die steirischen Grünen

**Graz** – Die steirischen Grünen haben einen neuen Landesgeschäftsführer: Der Unternehmensberater Wolfgang Raback (50) wurde Montagabend vom erweiterten Landesvorstand gewählt. (APA)

#### Hilfswerk will mehr Hilfe für Tagesmütter und -väter

**Mondsee** – Das Hilfswerk begrüßt den Ausbau der Kinderbetreuung. „Aber wir müssen auch mehr für unsere selbständigen Tagesmütter und -väter tun“, sagte Präsident Othmar Karas bei einem Treffen mit Familienministerin Sophie Karmasin in Mondsee. (APA)

## Mitterlehner: Nein zu 650 Euro für Medizinpraktikum

Studierendenvertreter forderten eine gesetzlich festgelegte Aufwandsentschädigung

Lisa Breit

**Wien** – Dem Ansinnen der Österreichischen Hochschülerschaft (ÖH), Medizinstudierende während ihres „Klinisch-Praktischen Jahres“ (KPJ) mit mindestens 650 Euro pro Monat zu entlohnen, erteilte das Ministerium am Dienstag auf STANDARD-Anfrage eine klare Absage: Das KPJ sei eine Lehrveranstaltung und müsse als solche nicht entschädigt werden, heißt es aus dem Büro von Minister Reinhold Mitterlehner. Wenn Krankenhäuser die Studenten

selbst bezahlen wollen, stehe ihnen das frei. Das Gesundheitsministerium weist indes jegliche Verantwortung von sich: „Das sind noch keine Ärzte, sondern Studierende“, heißt es. Das von der ÖH geforderte Mindestgehalt von 650 Euro entspricht in etwa dem eines Unterrichtspraktikums. Es sollte nach Wunsch der Studierendenvertreter in einem Bundesgesetz geregelt werden.

Am Montag starteten, wie DER STANDARD berichtete, rund 600 Wiener Medizinstudenten in ihr Praxisjahr. 48 Wochen sollen sie

dort ihre spätere ärztliche Tätigkeit üben. In Innsbruck und Graz ist das KPJ bereits Usus, wobei hier bisher maximal 30 Stunden vorgesehen waren. Das Vollzeitpraktikum soll künftig im Lehrplan verankert werden.

Obwohl die Studierendenvertreter das praktische Jahr grundsätzlich als eine „große Chance für alle“ sehen, stoßen sie sich an den Rahmenbedingungen: Geld gibt es nur in einigen Krankenhäusern in Vorarlberg und Oberösterreich, für die Erwerbstätigkeit bleibe bei einer 35-Stunden-Woche keine

Zeit. Studierende würden daher „scharnweise das Land verlassen“ und ins Ausland gehen, wo Praktika meist entgolten werden, kritisiert Florian Kraushofer aus dem Vorsitzteam der ÖH Bundesvertretung.

Ein Dorn im Auge ist der Hochschülerschaft auch, dass die Wiener KPJ-Plätze für das kommende Jahr noch nicht mit dem Krankenhausverband (KAV) ausverhandelt wurden: „Studierende könnten keinen Platz bekommen“, sagt die ÖH-Vorsitzende der Meduni Wien, Sarah Schober.